



Die DDR als Errungenschaft, die angesichts eines wiedererstarkten, kriegslüsternen deutschen Imperialismus schmerzlich vermisst wird. Zum 70. Jahrestag der Gründung des besseren Deutschland. Festrede von Arnold Schölzel

Tausende Einzelfälle

Nach rechtem Anschlag von Halle werden alte Muster aufgewärmt, um die Gefahr kleinzureden

3

424 Euro Regelsatz

BGH-Urteil: Hauseigentümer müssen bei Modernisierungen die Interessen der Mieter beachten

5

Null Dialog

Moreno geht brutal gegen Proteste in Ecuador vor. Indigene demonstrieren Teilnahme an Dialog

7

Zwei Entscheidungen

Überraschende Vergabe: Zu den Literaturnobelpreisen für Peter Handke und Olga Tokarczuk

11

Bomben auf Zivilisten

Türkei setzt Angriffskrieg im Norden Syriens fort. Massenflucht aus kurdisch kontrollierten Gebieten. **Von Wiebke Diehl**

Die türkische Armee hat ihre am Mittwoch begonnene Militäroffensive mit dem zynischen Namen »Operation Friedensquelle« im Norden Syriens fortgesetzt. Weitere Bodentruppen drangen in das Nachbarland ein und erzielten erste Geländegewinne nahe der Stadt Tel Abjad. Ihr Ziel ist die Einrichtung einer türkisch kontrollierten »Sicherheitszone« auf syrischem Gebiet, verbunden mit der Bekämpfung kurdischer Milizen sowie der von ihnen dominierten »Syrischen Demokratischen Kräfte« (SDK). Zudem will Ankara dort in die Türkei geflüchtete Syrer ansiedeln. Der syrische Außenminister Walid Al-Muallem hatte bereits mehrfach erklärt, ein Austausch der im Norden Syriens ansässigen Bevölkerung stelle eine »ethnische Säuberung« dar und sei damit völkerrechtswidrig.

Bereits am ersten Tag der Luftschläge, die sich auf die kurdisch kontrollierten Ortschaften Ras Al-Ain, Ain Issa und Tel Abjad konzentrierten, wurden nach Angaben des türkischen Verteidigungsministeriums insgesamt 181 »militärische Ziele« angegriffen. 109 »Terroristen« seien inzwischen getötet worden – laut syrischen Quellen fielen den Luftschlägen dagegen mehrere Kinder zum Opfer. Mustafa Bali, Sprecher der SDK, erklärte am Donnerstag gegenüber der kurdischen Nachrichtenagentur ANF, die türkische Armee bombardiere ohne Rücksicht auf Zivilisten. Auch aus Kamischli, das teilweise unter Kontrolle der syrischen Armee steht, wurden Luftangriffe der türkischen Armee gemeldet. Zugleich nutzten IS-Schläferzellen in Rakka den Abzug kurdischer Kämpfer an



Eine von Akcakale auf der türkischen Seite der Grenze aus fotografierte Rauchsäule über dem syrischen Tel Abjad am Mittwoch

die Front dazu, mehrere Anschläge zu verüben.

Die kurdische Führung musste derweil einräumen, dass sie der türkischen Armee militärisch unterlegen ist. Zwar verfügen die kurdischen Kämpfer über weit bessere Ortskenntnisse sowie ein in den letzten Jahren angelegtes Tunnelsystem und gelten als besonders opferbereit und erfahren. Mit etwa 40.000 Kämpfern stehen sie aber etwa doppelt so vielen türkischen Soldaten gegenüber, die über moderne Panzer und Kampfflugzeuge verfügen. Hinzu kommen etwa 14.000 mit der Türkei verbündete Milizionäre der »Freien Syrischen Armee« (FSA).

Aus den kurdisch kontrollierten Gebieten in Nordsyrien sind laut Menschenrechtsaktivisten bereits 60.000 Menschen geflüchtet. Sie fürchten das gleiche Schicksal wie die Menschen in Afrin, wo in Folge der Besetzung der Stadt durch Milizen der FSA und türkische Streitkräfte im Frühjahr 2018 Kulturgüter zerstört, Häuser konfisziert und die Bewohner vertrieben wurden. Die menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Zaklin Nastic, die sich gerade mit einer Delegation im irakischen Flüchtlingslager Machmur befindet, berichtete gegenüber *junge Welt*, auch die dortige Bevölkerung fürchte Angriffe der

türkischen Armee. Solche hatte es in der Vergangenheit bereits mehrfach gegeben.

Währenddessen hat das US-Militär nach eigenen Angaben mehrere Dutzend besonders gefährliche IS-Kämpfer aus kurdischen Gefängnissen »übernommen«, da zweifelhaft sei, ob deren Kontrolle noch gewährleistet werden könne. Die Zahl aller Mitglieder der Dschihadistenmiliz und ihrer Familienangehörigen in kurdischer Gefangenschaft soll sich insgesamt auf bis zu 100.000 belaufen. Die Bundesregierung und andere EU-Mitgliedsstaaten haben sich bislang geweigert, ihre darunter befindlichen Staatsbürger zurückzunehmen.

Ermittlungen nach rechtem Terror

Halle an der Saale: Festgenommener Stephan Balliet soll »Einzeltäter« gewesen sein

Nach dem rechtsterroristischen Anschlag am Mittwoch in Halle an der Saale, bei dem zwei Menschen starben, gehen die Sicherheitsbehörden von einem Einzeltäter aus. »Nach den aktuellen Erkenntnissen handelt es sich um einen rechtsextremistischen Terroranschlag eines Einzeltäters«, sagte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) am Donnerstag in Karlsruhe bei einem gemeinsamen Pressestatement mit Generalbundesanwalt Peter Frank. Gemeint ist der noch am Mittwoch festgenommene 27-jährige Ste-

phan Balliet. »Wir gehen davon aus, dass er aus antisemitischen, rechtsextremen Gründen handelte und die jüdische Synagoge in Halle zum Ziel hatte«, so Lambrecht weiter. Nur durch glückliche Umstände sei es ihm nicht gelungen, in die am Mittwoch wegen des jüdischen Feiertags Jom Kippur voll besetzte Synagoge einzudringen.

»Was wir gestern erlebt haben, war Terror«, äußerte Frank. Der am Mittwoch kurz nach dem Anschlag festgenommene Tatverdächtige habe sich zum Ziel gesetzt, in der Synagoge »ein Massaker anzurichten«. Neben

mehreren selbstgebauten Waffen seien allein in seinem Pkw etwa vier Kilogramm Sprengstoff sichergestellt worden. Er werde noch im Laufe des Tages dem Ermittlungsrichter in Karlsruhe vorgeführt, um einen Haftbefehl zu erwirken. Die Bundesanwaltschaft beschuldigt ihn des zweifachen Mordes, des versuchten Mordes in neun Fällen.

Ebenfalls am Donnerstag kündigte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) dauerhaft besseren Schutz für jüdische Einrichtungen in ganz Deutschland an. Dies werde ab sofort,

nachhaltig und dauerhaft geschehen. »Dieses brutale Verbrechen gestern ist eine Schande für unser ganzes Land. Bei unserer Geschichte darf so etwas in Deutschland eigentlich nicht passieren«, so Seehofer.

Nach Angaben des Generalbundesanwalts wollte der Täter mit seinem Video und einem Manifest weltweit Wirkung erzielen. Es werde jetzt unter anderem den Fragen nachgegangen, wie er sich so radikalisierte und er sich die Waffen besorgen konnte. (Reuters/dpa/jw)

■ Siehe Seiten 3 und 8

Rumäniens Regierung vom Parlament abgewählt



Bukarest. Rumäniens sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsidentin Viorica Dancila (Foto) ist am Donnerstag vom Parlament abgewählt worden. 238 Abgeordnete und Senatoren – fünf mehr als notwendig – stimmten für den Misstrauensantrag, den sechs Oppositionsparteien eingebracht hatten. Sie warfen Dancila unter anderem Inkompetenz, ausgebliebene öffentliche Investitionen sowie eine schwache Nutzung von verfügbaren EU-Geldern vor. Bis zur Amtsübernahme einer neuen Regierung führt Dancila kommissarisch weiter die Geschäfte, mit eingeschränkten Befugnissen. Offen war zunächst, ob es zu Neuwahlen kommt oder ob die Opposition zusammen mit abtrünnigen Parlamentariern von Dancilas Partei PSD eine neue Regierung unterstützt. Die Federführung beim Misstrauensantrag hatte die bürgerliche Nationalliberale Partei (PNL). (dpa/jw)

Linksfraktion scheitert in Karlsruhe

Karlsruhe. Die Fraktion der Partei Die Linke im Bundestag ist mit einer Klage in Karlsruhe gegen den seit 2015 laufenden Bundeswehr-Einsatz zur Bekämpfung der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) gescheitert. Das Bundesverfassungsgericht verwarf den gegen Regierung und Bundestag gerichteten Antrag am Donnerstag aus formalen Gründen als unzulässig, da es die Rechte des Parlaments durch den Beschluss als nicht verletzt ansieht. Die Anpassung bestehender Sicherheitssysteme an neue Gefährdungslagen sei zuerst Sache der Bundesregierung. Die Richter machten zudem deutlich, dass sie die rechtliche Begründung für den Einsatz in einer losen Antiterrorcoalition von 81 Staaten zumindest für vertretbar halten. Die Bundeswehr ist derzeit mit vier »Tornado«-Aufklärungsjets, einem Tankflugzeug, Militärausbildern und etwa 450 Soldaten im Irak im Einsatz. (dpa/jw)

jw wird herausgegeben von 2.216 Genossinnen und Genossen (Stand 18.9.2019)
 www.jungewelt.de/lpg

